

Die indirekten Steuern.

Die indirekten Steuern sind keine Erfindung der Neuzeit; schon in früheren Jahrhunderten benutzte der Absolutismus diese Methode, die lieben Untertanen zugunsten seines Staatsäckels zu schröpfen. Aber erst die moderne Entwicklung des Kapitalismus hat die indirekte Besteuerung in ein bestimmtes System gebracht. Denn einerseits sind die Staatsausgaben durch den Imperialismus riesig gewachsen, andererseits ist die Unterdrückung der Volksmasse durch eine kleine herrschende Clique zum offenen Regierungssystem geworden, worin die schwere Besteuerung der Massen nur ein selbstverständliches Glied bildet. Nirgends tritt der Zusammenhang zwischen Militarismus und indirekten Steuern so klar hervor als in Deutschland und nirgends wirken sie daher so aufreizend. Durch die unvollkommene Einheit des Reiches werden einerseits alle Kultur- und Verwaltungsausgaben, andererseits die direkten Steuern als ein Monopol der Einzelstaaten betrachtet, und das Reichsbudget zeigt an der einen Seite fast nur Rüstungsausgaben, an der andern fast nur Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Zusammen sind diese aus kleinen Anfängen zu der ungeheuren Summe von mehr als anderthalb Milliarden gestiegen. Während in andern Ländern die Einnahme aus direkten und indirekten Steuern in einen einzigen großen Säckel fließen, woraus die Ausgaben aller Art eines modernen Staats bezahlt werden, kann die Volksmasse hier in Deutschland genau sehen, für welche Zwecke sie eigentlich so erdrückend belastet wird.

Der äußeren Form nach unterscheiden sich direkte und indirekte Steuern nur nach der Art ihrer Erhebung. Und dieser äußere Schein bietet daher einen schönen Vorwand, die indirekten Steuern zu verteidigen. Für die direkte Steuer kommt der Staatsfiskus in unser Haus, fordert Aufklärung über Besitz und Vermögensverhältnisse, steckt seine Nase überall hinein und dann muß man stehend und widerwillig die sauer verdienten Goldstücke selbst noch ins Steueramt tragen. Wieviel angenehmer lassen sich dagegen die Verbrauchssteuern zahlen! Man kauft Brot, Fleisch, Kaffee, Zigarren, Bier, man bezahlt die Ware und ohne daß man es bemerkt oder ahnt, hat man in dem Preis die Steuer mit entrichtet. Daher sagte Bismarck auch 1875 im Reichstag: „Ich halte die direkten Steuern für einen harten und plumpen Notbehelf. Ich erkläre mich von Haus aus wesentlich für Aufbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern. Was auch theoretisch dagegen gesagt werden mag, faktisch ist, daß man sie weniger fühlt.“ Man kann es Bismarck, der nach den Mitteilungen v. Gerlachs — wie die Junker es noch heute machen — sein Einkommen dem Fiskus viel zu niedrig anzugeben pflegte, gewiß nicht verdenken, daß er eine aufrichtige Abneigung gegen die „plumpen und rohen“ Einmischungen des Steuerbeamten in seine privaten Einkommensverhältnisse empfand. Seine Behauptung jedoch, daß man die Verbrauchssteuern nicht fühlt, ist völlig falsch. Seine Verteidigung der indirekten Steuern ist im Grunde eine Verteidigung der Taschenspielerlei, die ja auch alles andre als roh und plump ist. Wenn uns ein Taschendieb die Börse nimmt, bemerken wir es auch nicht unmittelbar, aber einmal zu Hause fühlen wir es nur zu gut, daß wir ärmer geworden sind. So sind auch die indirekten Steuern, ihrer vielgepriesenen Form nach, nur eine Taschendieberei geschicklicher Natur, und ihrem Wesen nach sind sie ein Diebstahl, der an den großen Volksmassen verübt wird.

Der Form nach werden sie von irgend einem Bedürfnis, z. B. dem des Verkehrs, erhoben. Daher steht ihnen nicht brutal und offen an der Stirn geschrieben, daß sie die Massen belasten sollen. Es gibt auch Verbrauchssteuern, die einen Luxusartikel der Reichen besteuern. Aber diese dienen nur zur Augenblendung; sie bringen wenig ein — was befagt eine Schaumweinsteuer von 5 Mill. gegen eine Biersteuer, die mehr als 100 Mill. einbringt! Das kommt nicht daher, daß die Reichen weniger verbrauchen, sondern ihr Verbrauch verteilt sich über so tausendfach verschiedenartige Artikel, daß er mit einzelnen Verbrauchssteuern kaum zu fassen ist; das wäre nur durch eine allgemeine Aufwand- oder Einkommensteuer möglich. Bei der Volksmasse konzentriert sich der Verbrauch auf einzelne wichtige Nahrungs- und Genussmittel; nur die Besteuerung dieser Massenkonsumartikel kann die großen Geldsummen einbringen, die der Staat braucht. Aber dadurch belastet sie auch diese Massen mit zerschmetternder Wucht und drückt sie durch die Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel ihre Lebenshaltung tiefer herunter.

Die Brutalität dieses Steuersystems — denn einmal erkannt, wirkt es ähnlich dem Taschendiebstahl wie eine brutale Rauberei — wird in Deutschland noch dadurch erhöht, daß zu der Schröpfung zugunsten des Staates noch die Erpressung im Interesse privater Taschen hinzukommt. Am offenkundigsten ist das der Fall bei den Schutzzöllen. Hier war ja von Anfang an der Schutz der „Industrie“ und der „Landwirtschaft“, d. h. der Schutz des Portemonnaies von Junker und Kapitalist Hauptsache und die Staatseinnahmen aus den Zöllen Nebenache. Aber je mehr man sich an diese Veräußerung der Massen zugunsten privater Besitzenden gewöhnte, sie als einen hohen Staatszweck proklamierte und von „erworbenen Rechten“ redete, um so schamloser wurde dieses System auch auf die indirekten Steuern ausgedehnt. Die Liebesgabe an die Schnapsjunker, die sich als Resultat einer schlau ausgeklügelten Kontingentierung der Produktion ergab, war das erste Beispiel. Nachher kamen die Prämien für die Zuckerindustriellen, und nachdem diese fallen mußten, wurde entweder ein weit über die Steuer hinausgehender Zollsatz oder eine Kontingentierung der Produktion durch Steuerbegünstigung der bisherigen Produzenten zu einem vom Staate dargebotenen Mittel, die Masse der Verbraucher über den Steuerfuß hinaus zu belasten. Wurm berechnet in seiner vorzüglichen Schrift über die Finanzgeschichte des deutschen Reichs, daß in dieser Weise zu den 1877 Mill. für das Reich noch mehr als 2300 Mill. für private Kapitalisten kommen, alles durch die Volksmassen in Verbrauchssteuern aufgebracht.

Zur Verteidigung dieser Besteuerung werden oft angeführt, sie treffe nur den Luxus der Massen. Bier, Zigarren, Schnaps kann man entbehren; wer nicht will,

braucht die Steuer nicht zu zahlen, und wo der Luxus zugleich ein volksschädigendes Laster ist, wie bei dem Schnaps, ist eine Steuer, die den Konsum eindämmt, so gar ein Segen. Für den Schnaps ist diese Argumentation sinnlos; als Produkt des gesellschaftlichen Glens läßt sein Verbrauch sich durch Besteuerung gar nicht verringern und nur eine moralische starke Kraft, wie die des sozialdemokratischen Boykotts, war imstande, diese Volkspest etwas zurückzubringen. Allerdings liegt für andre Luxusartikel, die nicht eine so leidenschaftliche Begierde auslösen, etwas Wahres in der Bemerkung, daß man die Steuer nicht zu bezahlen braucht, wenn man nicht will. Aber in dieser Wahrheit liegt zugleich die schärfste Kritik des ganzen Systems der indirekten Steuern.

Mögen wir die Verbrauchssteuern auch in erster Linie als eine volksschädliche Besteuerung der armen Volksklassen, als eine Schmälerung des zum Leben eben ausreichenden Lohnes bekämpfen, so bilden sie durch ihre weiteren Wirkungen auch für bürgerliche Steuerpolitiker ein bedenkliches, unrationelles, widersinniges Steuersystem. Denn die Verteuerung, die eine Folge der Besteuerung ist, führt bei Waren, die man einigermaßen entbehren kann, zur Einschränkung des Verbrauchs, zum Konsumrückgang — ja sogar bei notwendigen Lebensmitteln findet diese Einschränkung statt; seitdem das Getreide im Preis immer mehr steigt, sinkt der Verbrauch pro Kopf, essen die Menschen sich also weniger satt. Aber auch bei andern Waren ist das ein Uebel, denn aus allen diesen sogenannten Luxusartikeln der Arbeiter — wozu der Bourgeois gern alles außer Schwarzbrot und Kartoffeln rechnen möchte — setzen sich die kleinen Unannehmlichkeiten, Bequemlichkeiten, Kultur- und Geistesbedürfnisse zusammen, ohne welche das Leben nichts als eine freudenlose, öde Quälerei wäre. Und diese werden durch die Besteuerung den Volksmassen immer schwerer zugänglich gemacht!

Aber dadurch sinkt zugleich die Einnahme der Steuer unter den erhofften Betrag herab. Und darin liegt die Leidensgeschichte der nie endenden deutschen „Finanzreform“, wie die jedesmaligen Steuerraubzüge beschönigend genannt werden. Dem Staatssekretär Stengel wurden 1906 Steuern zu einem Betrage von 172 Mill. bewilligt; im nächsten Jahre brachten sie nur 112 Mill. ein, das Loch blieb ungestopft. Der schwarze Blau-Bock bewilligte 500 Mill. neue Steuern — nach den letzten Ergebnissen scheint nicht viel mehr als ein paar hundert Millionen herauszukommen. Das Gleichgewicht zwischen Bedarf und Deckung ist noch immer nicht da; ein neuer Steuerrückgang wird nach den Wahlen kommen, darauf können die Wähler sich schon gefaßt machen! Immer kräftiger wird die Steuerschraube angezogen, aber dadurch geht immer mehr der Verbrauch zurück und statt einer Geländung der Finanzen, die mit indirekten Steuern unmöglich zu verwirklichen ist, erreicht man nichts andres, als daß die immer höher besteuerten Waren dem Verbrauch immer mehr gesperrt werden. Das ist der innere Widerstoss des indirekten Steuerwesens.

Und dann kommt schließlich noch als weiteres Uebel die große Arbeitslosigkeit hinzu, die dieser Konsumrückgang in vielen Industrien, namentlich in der Tabakindustrie gebracht hat. Namenloses Elend wird über Tausende von Arbeitern gebracht, ganze Industrien werden lahmgelegt. Die verschiedensten Gebrauchsartikel werden den Massen schwer zugänglich gemacht, ohne daß das Ziel erreicht wird, dem Staate genügende Einnahmen zu sichern. Das sind die Wirkungen der indirekten Steuern; das alles nehmen die bürgerlichen Parteien lieber in Kauf, als daß sie den Mehrwert der Besitzenden für die steigenden Ausgaben des Imperialismus in Anspruch nehmen.

Aus der Partei.

Der Wahlrechtskampf in Preußen.

Das Landeskomitee der Sozialdemokratie Preußens veröffentlicht einen Aufruf: An die Entrechteten in Preußen, in dem unter Hinweis auf die neue Verfassung Elsas-Lothringens das allgemeine Wahlrecht auch für Preußen verlangt wird. Nachdem die für Preußen tief beschämenden Gegenfüße zwischen den Wahlrechten Preußens und der Reichslande scharf hervorgehoben worden sind, heißt es:

Und in Preußen — und im Banne Preußens in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und in ein paar kleineren Staatsstücken — soll die infame Entrechtung ewig währen? Sie soll es, wenn es nach dem Willen der Junker, Großkapitalisten und Aristokraten geht. Je demokratischer die Entwicklung in der übrigen Welt vor sich geht, je größer in Deutschland selbst das Gebiet wird, das sich das gleiche Wahlrecht erobert, desto richtiger sei es, so versichern die Junker und ihre Helfershelfer, daß in Preußen der Demokratie Einhalt geboten werde, daß Preußen die Fesseln bleibe, an deren Wällen der demokratische Ansturm zerbröckle. Je größere Rechte die Völker erringen, in desto größerer Rechtlosigkeit müsse das preussische Volk erhalten bleiben. So wollen sie das preussische Volk zum Prügeljungen der Freiheit machen. Es soll an Rechten einbüßen, was andre Völker an Rechten gewinnen!

Als wichtigste und drängendste Aufgabe der Gegenwart hat die Ehrenrede Wilhelm's II. die preussische Wahlreform bezeichnet. Hat die Krone so wenig Kraft, die Einlösung ihres Versprechens durchzuführen?

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage hat der eifrigsten Verfassung ihre Zustimmung erteilt, sobald das gleiche Wahlrecht gesichert war. Sie hat es getan, weil die Eröberung des gleichen Rechts wichtig genug war, um alle andern Bedenken in den Hintergrund zu drängen. Sie hat es getan, weil die Einführung des gleichen Wahlrechts im Elsas die beste Agitation für die preussische Wahlreform ist. Wenn im Elsas die zweite Klasse der Staatsbürgererschaft beseitigt wird, kann und darf sie in Preußen nicht länger bestehen bleiben.

Eben ist der Dreiklassenlandtag zusammengetreten. Herr v. Bethmann-Hollweg scheint kein Bedürfnis zu haben, den Junkern zu sagen, daß für ihr Privileg die Stunde geschlagen hat. Um so unabwendbarer ist es, daß die Regierung, daß die Partei des Landtags auf neue vor die Frage gestellt werden: Wie ist es mit dem Rechte des Volkes in Preußen?

Die Wahlrechtsfrage muß im Landtage und auch draußen im Lande wieder in ihrer ganzen Schärfe und ihrer ganzen Dringlichkeit gestellt werden. Die kleine sozialdemokratische Fraktion wird nicht zögern, immer wieder die Herrschenden an die „dringendste Aufgabe der Gegenwart“ zu erinnern.

Die Massen aber werden zur richtigen Zeit ihr Wort zu sprechen, ihre Macht zu gebrauchen wissen. Immer näher rückt die Zeit, in der die große Bewegung mit den Feinden des Volkes, den Steuerplünderern, den Witwenbedrückern und Arbeiternehmern, heranrückt. Für uns in Preußen aber werden

die Reichstagswahlen auch der Tag der Vergeltung werden für die Wahlrechtsfeinde und Privilegienritter. Wir werden sie fragen, warum die Preußen schlechter und politisch unreicher sind als die Elässer. Wir werden sie fragen, welchen Grab der Erbitterung denn die politische Erregung des preussischen Volkes annehmen müsse, bevor ihm sein Recht wird. Nicht eine Wahlstimme wird dem Volke kommen, der uns unser wichtigstes Recht in Preußen auf die engste Verknüpfung werden mit dem beginnenden Wahlkampf. Denn der Fortschritt im Reich ist untrennbar von unserm Erfolg in Preußen.

Und so wenden wir uns heute an Euch alle, Staatsbürger dritter Klasse, Entrechtete in Preußen! Schließt Euch an unsern festen organisierten Reihen, tretet ein in die Partei der Kämpfer für das volle Recht der arbeitenden Menschheit! Stärkt durch Euren Eintritt unsere Macht und helft mit in dem großen Kampfe um die Erringung des allgemeinen gleichberechtigten Wahlrechts für Preußen!

Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!
Preußen, der Hort der Reaktion, muß zu einem Hort der Gleichheit und Freiheit werden!

Die Landeskommission
der Sozialdemokratie Preußens.

Der Haken, an dem er gehängt wird. Wegen angeblicher Beleidigung des Bergdirektors Tlach und des Bergverwalters Lorenz wurde Genosse Casparie am Mittwoch von der Strafkammer des Landgerichts in Dautz zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Als Verantwortlicher der Gazeta Robotniku hatte er eine Zuschrift über Mißstände auf dem Gottshardschacht, der der Schaffgotschen Verwaltung untersteht, aufgenommen. Obgleich eine ganze Reihe von Mißständen nachgewiesen werden konnte — Mißhandlung und Beschimpfung von Arbeitern, Mangel an gutem Trinkwasser, schwarze Risten — erfolgte doch Verurteilung, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß auf dem Gottshardschacht nicht, wie es in der Zuschrift hieß, für die Sicherheit der Arbeiter gesorgt werde.

Odenburgische Landeskonferenz. Am Sonntag fand im Odenburger Gewerkschaftshause eine Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei Odenburgs statt, auf der zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen Stellung genommen wurde. Vertreten waren 20 Orte, die Bezirks- und Kreisverbände und die sozialdemokratische Landtagsfraktion. In seinem Referate wies Parteisekretär Schulz die Mitglieder darauf hin, daß die bevorstehende Wahl die erste unter dem neuen Wahlgesetz mit direkter Wahl sei. Die Ansichten unserer Partei seien, abgesehen von Mißstrichen, wo die Wiederwahl der vier sozialdemokratischen Vertreter sicher sei, schwer im voraus abzuschätzen. Da durch die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes jeder Vergleich mit früheren Wahlen ausgeschlossen sei. Beschlossen wurde, möglichst in allen 22 Wahlkreisen, die im ganzen 30 Abgeordnete zu wählen haben, Kandidaten aufzustellen und den Wahlkampf mit voller Kraftentfaltung aufzunehmen.

Konferenz der Bildungsausschüsse in Rheinland und Westfalen. Vor 2 Jahren wurde für Rheinland und Westfalen eine Zentral-Bildungskommission mit dem Sitz in Düsseldorf ins Leben gerufen. Die zweite Konferenz der lokalen Bildungsausschüsse tagte am Sonntag in Düsseldorf. Es nahmen 30 Delegierte, 9 Kommissionsmitglieder und Genosse Heinrich Schulz, Berlin als Vertreter des Bildungsausschusses der Gesamtpartei daran teil. Mehrere Vorträge lagen vor, die Zentralbildungskommission in der bisherigen Form aufzulösen. Die Genossen vom Agitationskomitee des Niederrheins beantragten die Einrichtung von Bezirks-Bildungsausschüssen mit dem Sitz in den Großstädten Köln, Düsseldorf, Barmen-Elberfeld, Essen, Bochum, Dortmund. Die Düsseldorf Genossen wünschten als Basis für die Bezirks-Bildungsausschüsse die Wahlkreise. In der Diskussion ging die Meinung der Delegierten, ob sich die Zentralinstanz bewähren habe, auseinander. Es wurde schließlich beschlossen, den Zentral-Bildungsausschuss aufzulösen. Die Konferenz empfahl den Partei- und Gewerkschaftsgruppen des Ober- und Niederrheins und des westlichen Westfalens die Organisation des Bildungswesens auf folgender Grundlage:

1. In jedem Orte ist möglichst ein Bildungsausschuss zu gründen.
2. Jeder Wahlkreis setzt einen Kreisbildungsausschuss ein, der die gemeinsamen Bildungsarbeiten für den Wahlkreis zu regeln hat.
3. Jeder Agitationsbezirk setzt einen Bezirks-Bildungsausschuss ein, der die gemeinsamen Bildungsarbeiten für den Bezirk zu regeln hat.
4. Alle Bildungsausschüsse haben in enger Verbindung mit den Gewerkschaftsorganisationen zu arbeiten. Dies geschieht am besten dadurch, daß in alle Bildungsausschüsse Vertreter der Gewerkschaften entsandt werden.
5. Alle Bildungsausschüsse sind den zuständigen Parteinstanzen verantwortlich. Es empfiehlt sich, in alle Bildungsausschüsse Mitglieder der zuständigen Parteiführerschaften zu entsenden.
6. Die gemeinsamen Bildungsarbeiten für die drei Agitationsbezirke werden in gemeinsamen Konferenzen der Bezirks-Bildungsausschüsse erledigt.

Eingetaufene Schriften.

Sozialistische Blindenliteratur. Heft 5 vom 2. Jahrgang der Neuen Zeit. Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Sprache, das schon erschienen, hat folgenden Inhalt: Frauenfrage und Sozialismus von Nemo. — Unser Wissen vom Ursprung des Menschen. Maxim Gorki. — Pestalozzi über den christlichen Staat. — Aus der Gegenwart. — Unterricht im Sozialismus. Von Leopold Jacobi. — Kulturgeschichtliches. Blindenwesen. In der Sonderbeilage gelangen die Rauten-Schulnankens Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie fortlaufend zum Abdruck.

Der Abonnementspreis des Blattes beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 3.00 Mark für Deutschland und Oesterreich, Ungarn und 4.50 Mark für die übrigen Staaten. Bestellungen und Anfragen sind an H. Wendt, Berlin N. 80, Sprengelstraße 1, zu richten. Die Zeitschrift wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die angegebene Adresse bezogen werden.

Städtisches Arbeiterrecht in neuer Auflage. Im Verlag von J. S. W. Dieckmann in Stuttgart wird im Oktober dieses Jahres infolge des Inkrafttretens der Reichsversicherungsordnung eine völlige Neubearbeitung des Arbeiterrechts von Arthur Städtgen erscheinen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 37. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sommerabend. — Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft. Von K. Kautsky. — Ein Menschenalter Kapitalismus in England. Von S. M. Wikant. — Zwei Blätter zum zentrumsschrittlichen Gewerkschaftsrecht. Von W. H. Händgen. — Literarische Rundschau: Dr. August Müller, Die Seifenfabrik der Großhandelsfirma deutscher Konsumvereine in Gröben. Von J. Karsti. — Zeitschriftenschau.

Heft 10 der Neuen Zeit Nr. 40: Und abermals Kant. Von S. Mehring. Religionsgeschichtliche Streifzüge VI. Von Heinrich Canow. — Bücherchau: Von unten auf. Von Henry May, Gedichte. Herbert Gulenberg, Schiller. Gün Braun, Memoiren einer Sozialistin. — Lose Blätter: Zur Genealogie von Karl Marx.